



15.02.2017

Ausschreibungen im ÖPNV: **Gut so: Länder wollen Schutz der Beschäftigten verbessern**

Wichtiger Etappensieg für die Beschäftigten: Die Bundesländer wollen Lohn- und Sozialdumping im ÖPNV eindämmen. Sie nehmen dabei Forderungen der EVG auf.

Der Bundesrat hat eine entsprechende Gesetzesinitiative verabschiedet. Wenn es Vorgaben für soziale Standards, Mindestentgelte, Arbeitsbedingungen und zum Personalübergang gibt, müssen diese nach dem Willen der Ländermehrheit künftig auch bei sog. eigenwirtschaftlichen Verkehren beachtet werden.

Damit wird ein Schlupfloch im Personenbeförderungsgesetz geschlossen. Bisher können Unternehmen diese Standards umgehen, wenn sie auf öffentliche Zuschüsse verzichten („eigenwirtschaftliche Alternativangebote“). Solche Angebote haben derzeit immer Vorrang. Damit wird Lohn- und Sozialdumping ermöglicht.

Wir fordern Bundesregierung und Bundestag auf, den Gesetzentwurf des Bundesrates zu übernehmen. Sie sollten ihn aber um eine verbindliche Vorgabe zum Beschäftigtenübergang ergänzen.

**Wir leben
Gemeinschaft**



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Vorstandsbereich Vorsitzender
Reinhardtstraße 23, 10117 Berlin
Tel: 030 – 42 43 90 0, www.evg-online.org

Mitglied:
des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF)
der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF)